

ohne Sympathisanten wäre. Andererseits trägt die umfangreiche, entscheidende Punkte noch dazu oft verfehlende Berichterstattung in der Presse dazu bei, daß der Fall eine Resonanz erhält, die wohl in keinem Verhältnis zu seiner Bedeutung für die Gesamtkirche steht. Trotzdem ließen Berichte aufhören, eine *Umfrage in Frankreich* hätte ergeben, daß die Anhängerschaft Lefebvres dramatisch wachse. Die in Lyon erscheinende Tageszeitung „*Le Progrès*“ veröffentlichte Ergebnisse einer Umfrage des französischen Instituts für öffentliche Meinung (IFOP), aus denen hervorging, daß 28% der Katholiken die Aktionen Lefebvres billigten, während 24% sie ablehnten, 25% indifferent wären und 23% keine Meinung äußerten. Mehr als 40% der Befragten (unter ihnen fast die Hälfte praktizierende Katholiken) gingen die Änderungen in der Kirche im allgemeinen zu weit. Diese Befragung beleuchtet zwar den französischen Katholizismus von einer bemerkenswerten Seite, ist aber für die Abschätzung der Zahl der Anhänger Lefebvres nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie bereits vor der letzten Zuspitzung der Ereignisse stattfand. Eine von der Pariser Illustrierten „*Paris Match*“ veranstaltete Umfrage nach der Messe in Lille ergab zwar, daß über 30% der befragten Katholiken bereit wären, einen traditionalistischen Gottesdienst zu besuchen, daß aber nur 5% im Fall eines Bruchs mit der Kirche dem Gründer von Ecône folgen würden (vgl. La Croix, 14. 9. 76). Diese Zahl ist zwar immer noch hoch genug, wäre aber noch einmal in ihrer innerkirchlichen Bedeutung zu relativieren, wenn man in die Wertung einbezieht, daß die Gefolgschaft für Lefebvre bei zahlreichen seiner Anhänger mehr politisch als religiös begründet ist – und daß sie auch teilweise auf Mißverständnissen und Fehlinformationen beruht.

So wird vor allem – nicht zuletzt von publizistischer Seite – ständig der Eindruck erweckt, im Zentrum des Streits stehe die Liturgiereform, näherhin die Abschaffung der Messe Pius' V. und des Lateins als Sprache des Gottesdienstes. In Wirklichkeit geht es um eine

Kontroverse im Traditionsverständnis. Lefebvre und seine Anhänger vertreten dabei einen geradezu „extremistischen“ Traditionalismus, der Entwicklungen in der Kirchengeschichte ignoriert und einen bestimmten Stand des Überlieferungsprozesses bis in die kleinsten Details hinein als sakrosankt festschreibt. Yves Congar hat in einem Zeitungsartikel die Debatte um Ecône bzw. Lefebvre in diese Perspektive gestellt und demgegenüber ein – gewiß orthodoxes – Verständnis von Tradition formuliert: „Tradition ist Überlieferung und demgegenüber ein – liefert werden soll, muß auch empfangen werden können; um empfangen werden zu können, muß es verstanden werden. Es gibt in der Tradition Absolutes und Relatives, Historisches. Es ist ein Irrtum, Historisches zu verabsolutieren, so verehrungswürdig es sein mag“ (vgl. La Croix, 20. 8. 76). Ein *verengter Traditionalismus* hat eigentlich mit der katholischen Vorstellung von Tradition als lebendige Überlieferung so gut wie nichts zu tun. Nur muß man berücksichtigen, daß es bestimmte Formen von durchaus „offizieller“ Schultheologie gab, die von lebendiger Überlieferung nicht viel hielten und die insofern nicht „schuldlos“ daran sind, daß sie jetzt Konsequenzen zeitigen, die ins Sektiererische reichen, wobei ein weiteres Konstitutivum des katholischen Traditionsverständnisses über Bord geht: daß nämlich Überlieferung in der *Gemeinschaft der Kirche und ihres Amtes*

geschieht, so daß ein einzelner oder eine einzelne Gruppe nicht – absolutistisch – sagen kann: Die Tradition bin ich.

In diesem Rahmen ist das Beharren auf der Messe Pius' V. zu sehen, aus der – so P. Congar im erwähnten Artikel – „ein Mythos gemacht wurde, der der Realität nicht entspricht“. Es läßt sich nicht leugnen, daß es vielleicht nicht pastoraler Klugheit entsprach, die weitere Verwendung des bisher gebräuchlichen Formulars der Messe strikt zu untersagen, und daß da und dort im alltäglichen kirchlichen Leben zu sorglos und mit zu wenig Rücksicht auf gewachsene Anhänglichkeiten mit der liturgischen Tradition umgesprungen wurde. Noch viel weniger aber kann bestritten werden, daß die Liturgiereform nicht eine von heute auf morgen durchgesetzte traditionsvergessene Neuerung war, sondern Ergebnis der Erfahrungen von Jahrzehnten liturgischer Bewegung und liturgiewissenschaftlicher Forschung, die dazu geführt haben, daß die Neugestaltung der Meßfeier die Substanz der Überlieferung bewahrt, neue Quellen der Tradition erschlossen und den allermeisten Christen einen besseren Zugang zur Eucharistiefeier eröffnet hat. Daß Lefebvre und seine Anhänger das nicht wahrhaben wollen, sondern Verrat am rechten Glauben konstatieren, ist das auffallendste Symptom, aber nicht der zentrale Inhalt ihres Widerspruchs gegen die nachkonziliare Kirche. H. G. K.

Der Fall Brüsewitz und die Kirchen in der DDR

Der Tod des evangelischen Pfarrers von Zeitz, *Oskar Brüsewitz*, hat nicht nur das Ost-Berliner Regime zur Reflexion über das Verhältnis von Staat und Kirche gezwungen; vielmehr scheint die demonstrative Selbstverbrennung weite Bevölkerungskreise verunsichert zu haben. Das Mißverhältnis zwischen Schein und Sein, an das sich die unter Diktaturen lebenden Menschen gewöhnt haben, wird hier schlagartig offengelegt. Latentes Miß-

trauen gegenüber der Führung artikuliert sich auf einmal laut und vernehmlich. Ungewöhnliche Offenheit kennzeichnet auch die kirchliche Reaktion auf die Tat des Pfarrers, der in seinen letzten bekanntgewordenen Äußerungen deutlich zu machen versuchte, was ihn zu seinem Handeln bewogen hat. „Obwohl der scheinbare tiefe Friede zukunftsversprechend ist, der auch in die Christenheit eingedrungen ist, tobt zwischen Licht und Finsternis

ein mächtiger Krieg. Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander“ (zit. nach epd-Landesdienst Berlin, 6.9.76), heißt es in einem Abschiedsbrief, den Brüsewitz an seine Amtsbrüder im Kirchenkreis Zeit gerichtet hatte. Nun mögen derartige Formulierungen in ihrer Verschwommenheit kaum geeignet sein, letzte Klarheit in die Gedanken- und Erlebniswelt des Oskar Brüsewitz und die Motive für seine Tat zu bringen. Aufschlußreicher sind jene Stellungnahmen, die die Kirchenoberen des Pfarrers zu dem Fall abgegeben haben. So hat die Sächsische Kirchenleitung mit Nachdruck gegen die Tendenz einiger DDR-Zeitungen, darunter des „Neuen Deutschlands“ protestiert, Brüsewitz als geisteskrank abzustempeln. Brüsewitz habe sich mit seiner Selbstverbrennung „zu einem wesentlichen Teil“ an seine eigene Kirche gewendet, meinte *Harald Schultze*, Sprecher der Magdeburgischen Kirchenleitung. Der Pfarrer habe mit seinem Tod dagegen Stellung beziehen wollen, „daß zu lau gepredigt, zu lau gegenüber der Öffentlichkeit Zeugnis gegeben wird“. Das Zeugnis der christlichen Gemeinde sei nach Auffassung des Toten „in der breiten Öffentlichkeit nicht zu Wort gekommen“.

Kirchliche Selbstkritik?

Was heißt das? Welcher Stellenwert kommt einer so harten kirchlichen Selbstkritik zu – geäußert in einem kommunistischen Staat wie der DDR? War nicht gerade in jüngster Zeit auch außerhalb ihrer Grenzen der Eindruck entstanden, Staat und Kirche kämen miteinander aus, man habe sich, so gut es eben geht, arrangiert? Beiden sei – wenigstens zum gegenwärtigen Zeitpunkt – an einer Konfrontation nicht gelegen, auch wenn dafür die Motive der SED andere sein mochten als die der Kirche? Führende Kreise sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche ließen in Gesprächen durchblicken, wie hilfreich ihrer Argumentation mit den Staats- und Parteifunktionären die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewesen sei, in deren Schluß-

dokument wichtige Aussagen über den freien Austausch von Menschen und Meinungen, aber auch über Religionsfreiheit und Menschenrechte enthalten sind. Hier hatten Kirchenleute endlich ein von Honecker wie Breschnew unterschriebenes Papier in der Hand, auf das man sich berufen konnte, ohne in den Geruch der „Republikfeindschaft“ oder notorischer Nörgelei zu kommen.

Es war der Kirche gelungen, im SED-Programm jene im Entwurf nicht enthaltene Passage über die Gleichberechtigung der Bürger, unabhängig von deren „Weltanschauung“ und „religiösem Bekenntnis“ zu verankern. Verwiesen sei ferner auf das im Juli „aus heiterem Himmel“ angekündigte Kirchbauprogramm (epd – Landesdienst Berlin, 7.7.76), wonach es den Kirchen gestattet sein würde, in den kommenden Jahren nach einer vorgelegten „Projektliste“ eine größere Anzahl von Gotteshäusern zu errichten, und zwar in Gebieten, in denen dies lange Zeit ein aussichtsloses Begehren zu sein schien. Niemand aus dem Führungskreis der Kirchen in der DDR war in den vergangenen anderthalb bis zwei Jahren bereit, dem Beobachter aus dem Westen auf bohrende Fragen eine Auskunft über die Situation zu geben, die auch nur tendenziell auf eine Verschärfung des Kirchenkampfes hätte schließen lassen.

Gewiß zeichnete sich keineswegs das Gegenteil ab. Die ideologische Weichenstellung des zweiten deutschen Staates zugunsten einer Durchdringung des gesamten Lebens mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung mit allen sich daraus gerade auch für die Jugenderziehung ergebenden Konsequenzen wurde erst durch den SED-Parteitag im Mai d. J. erneut fortgeschrieben. Zuletzt hatten die Berlin-Brandenburgische, die Sächsische und die Magdeburgische evangelische Landeskirche im April 1975 öffentlich die Schwierigkeiten und Belastungen christlicher Eltern, Kinder und Jugendlicher bei der Erziehung und Ausbildung beklagt (KNA-Informationsdienst, 17.4.75). Die Staatsführung lasse keinen Zweifel daran, daß sie ihr erklärtes Erzie-

hungsziel nicht zugunsten eines Pluralismus der Bildungskonzeption zurückzustellen gedenke, hatte es damals geheißt. *Werner Krusche* stellte in seiner Eigenschaft als Sächsischer Landesbischof fest, einzelne Lehrer und Schulleiter benutzten den Unterrichtsstoff dazu, den christlichen Glauben und die Kirche herabzusetzen.

Proteste gegen Benachteiligung von Christen

Überhaupt ließen die verschiedenen Stellungnahmen die Entschlossenheit der evangelischen Christen in der DDR erkennen, Benachteiligungen und Schikanen nicht länger stillschweigend hinzunehmen. Man schien sich dennoch auf die Formel geeinigt zu haben: Auseinandersetzung ja – Kollision nein! So nahm damals die Ostberliner Synode (Berliner Sonntagsblatt – Die Kirche, 15. 13. 4. 75) davon Abstand, auf die Schwierigkeiten in einer demonstrativen Kanzelabkündigung einzugehen. Selbst ein mit Mehrheit beschlossenes und auch abgesandtes Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, in dem auf die Ärgernisse im Bildungs- und Erziehungsbereich zurückhaltend hingewiesen wurde, war umstritten.

Zu einer solchen Demonstration hatten sich ein halbes Jahr zuvor, im November 1974, die katholischen Bischöfe entschlossen. In einem Hirtenbrief (vgl. HK, Januar 1975, 23ff.) – dem letzten seither – war deutlich, wenngleich ohne Polemik, die Monopolstellung der staatlichen Erziehung in der DDR kritisiert worden. Theologisch hatten die Oberhirten damals das Recht der Kirche und der Eltern auf christliche Erziehung ihrer Kinder begründet und unter Berufung auf die DDR-Verfassung und die Charta der Vereinten Nationen die Forderung nach Verwirklichungsmöglichkeit eigener Erziehungsvorstellungen erhoben. Freilich suchte die SED dem Schreiben durch totale publizistische Ignorierung jegliche Wirkung zu nehmen. Sie konnte aber nicht verhindern, daß es weit über die Grenzen der

eigenen Gemeinden hinaus bekannt wurde.

Immer wieder wird die Frage gestellt, wie es denn nun eigentlich um die angebliche oder tatsächliche Benachteiligung von Kindern engagierter Christen hinsichtlich des Besuchs der Erweiterten Oberschule (EOS) oder gar der Universität bestellt sei. Das scheint in der Tat ein Problem zu sein, dem mit der üblichen Schwarzweißmalerei nicht beizukommen ist. Zweifellos machen die Schulbehörden kirchentreuen Familien Schwierigkeiten. Schüler, die der „Jungen Gemeinde“ angehören, den Religionsunterricht regelmäßig besuchen und an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen, wissen, daß sie besondere schulische Leistungen vorweisen müssen, um überhaupt in die nähere Auswahl für die EOS zu gelangen. Eltern freilich, die auf Grund ihrer Stellung, größerer Intelligenz oder eines außergewöhnlichen Stehvermögens die Aufnahme eines Kindes in die weiterführende Schule mit sehr starkem Nachdruck betreiben und sich dabei auf die Gesetze und Verordnungen sowie auf Aussprüche von Parteifunktionären berufen, haben nicht selten die Korrektur einer zunächst negativen Entscheidung in dieser Frage durchgesetzt.

Dennoch geht die tägliche Belastung durch permanente Indoktrination, durch die Erziehung zu Lüge und Haß weiter. Der Vater eines Kindes, das sich weigerte, ein in der Klasse eingeübtes Haßlied mitzusingen, wurde kürzlich von der Schulleitung einbestellt. Dort drohte man dem Kind Ausschluß aus der Schule und ihm selbst berufliche Konsequenzen an. Er wandte sich an die Kirche, die auch bereit war, ihm Persönlichkeitsschutz zu gewähren. Aber das erwies sich als schwierig. Zwar ist die Diskriminierung von Eltern und Kindern durch die Verfassung der DDR nicht gedeckt, aber ebensowenig für solche Fälle die Schutzfunktion der Kirche. Was ist mit der Kirche, die sich in einem derart schweren Gewissenskonflikt nicht schützend vor ihre Glieder stellt?

An den Grenzen der Belastbarkeit

Menschen von Sensibilität – und diesen mag Oskar Brüsewitz zuzurechnen sein – geraten unter solchem Druck in persönliche Krisen, die auch die kirchliche Gemeinschaft kaum noch auffangen kann. Die protestantische Kirche mit ihrem größeren Individualitäts-Spielraum und einer schwächer ausgeprägten Führungsstruktur muß hier wohl anfälliger sein als die katholische Kirche unter ihren stringenten Bedingungen der Diaspora. Die sich in dem Motto „Wir wollen Kirche nicht gegen, nicht neben, sondern im Sozialismus sein“ niederschlagende grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit den Kommunisten dürfte angesichts der Wirklichkeit in der DDR zusätzliche Frustrierungen auslösen.

Gewiß sucht man auch auf katholischer Seite nicht die Konfrontation, aber die Kirche hat sich bisher nicht dazu bereitgefunden, ihr Verhältnis zum Sozialismus näher zu definieren. Der einzige in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Versuch dazu, das „Vorpapier 5“ der Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR (Fachgruppe 5: „Apostolat und Weltendienst“), blieb auf der Strecke, nachdem die Bischöfe das Dokument mit den umstrittenen Passagen hatten zurückziehen lassen. Man sieht offenbar keine Veranlassung, sich auf das Glatt-eis so ambivalenter Formulierungen wie „Kirche nicht gegen, ... nicht neben ..., sondern im Sozialismus“ zu begeben. Muß nicht Kirche von ihrem Selbstverständnis her die Freiheit haben, ihre kritische Position zu Staat

und Gesellschaft wenigstens von Fall zu Fall herauszustellen? In Wirklichkeit tut dies ja auch die protestantische Kirche in der DDR. Was aber bedeutet dann die zwar griffige, im Grunde jedoch unverbindliche Standortbestimmung?

Es ist die Frage gestellt worden, ob es einen „Fall Brüsewitz“ auch in der katholischen Kirche der DDR geben könnte. Obgleich niemand dergleichen auszuschließen vermag, dürfte es doch eine Reihe von Gründen geben, die dagegen sprechen. Einmal ist die Gemeinschaft der Katholiken trotz der klassischen Diaspora-Situation – oder gerade deswegen – geschlossener als die der evangelischen Christen. Die hierarchische Struktur bietet zudem ein Bild größerer Zusammengehörigkeit. Die Bindungen des einzelnen Geistlichen an seine Kirche sind enger. Man hat untereinander mehr Kontakte, kennt und trifft sich. Die Bischöfe kennen ihre Priester. Der Vereinsamung, ein ernstes Problem der Diaspora mit ihren immensen Entfernungen von Gemeinde zu Gemeinde, wird durch eine Fülle von Begegnungen vorgebeugt: Dekanatstage, Wallfahrten, die regelmäßige Recollectio, Exerzitien, Einkehrtage usw. „Es hat zwischen Elbe und Oder noch nie so viele Wallfahrten gegeben wie heute“, sagte unlängst ein Kirchenmann. Zu welchen Konsequenzen der Freitod des Pfarrers von Zeitz im Verhältnis von Staat und Kirchen führt, ist noch nicht ersichtlich. Denkbar sind ebenso verschärfte Spannungen wie eine taktische Korrektur des kommunistischen Drucks auf die Christen. An eine nennenswerte Verbesserung der Situation glaubt niemand. E.-A.J.

Nur Burgfrieden zwischen Staat und Kirche in Polen

Viele Katholiken in Polen trauten ihren Augen kaum: Auf den ersten Seiten der offiziellen Zeitungen fanden sie am 11. September zum ersten Mal Auszüge aus einem Kommuniqué der Bischofskonferenz. Nur wenige Stun-

den nach der Veröffentlichung des Textes über die Sitzung der Bischöfe in Tschenschow durch das Büro des Episkopats hatte die amtliche Presseagentur PAP bereits die der Partei genehmigten Auszüge daraus verbreitet.